

Winterthur ruft den Klimanotstand aus

Christian Gurtner

In der Abstimmung zu einer der wichtigsten Forderungen der Klimademonstranten setzte sich am Montagabend im Gemeinderat die links-grüne Mehrheit klar durch. Grüne, SP, AL, Grünliberale und EVP stimmten geschlossen für den Notstand, die weiter rechts stehenden bürgerlichen Parteien SVP, FDP, CVP, EDU und PP waren dagegen.

In der Debatte sagte die Grüne Nina Wenger, die das entsprechende Postulat miteingereicht hatte, viele andere Gemeinden sowie sieben Kantone würden bereits mitmachen, nun sei Winterthur an der Reihe. Die Klimaerwärmung sei «die grösste Krise, die die Menschheit je abzuwenden hatte»: «Was wollt ihr einmal euren Grosskindern sagen, wenn sie fragen, warum ihr es so weit kommen liasset?» Für die SP sagte Pia Schoch: «Der Klimawandel ist keine Verschwörungstheorie, kein Populismus und keine Wahlkampfstrategie.» Es gehe darum, dass die lokale Politik diesen als fundamentales Problem anerkenne. Der Notstand habe eine grosse «symbolische Komponente», aber auch diese sei wichtig.

«Ganz im Kindergarten angekommen»

An diesem Punkt setzten die Kritiker an. Felix Helg (FDP) sagte, es gehe um ein blosses politisches Symbol, denn ein Notstand im rechtlichen Sinn, also eine unmittelbare Gefährdung der öffentlichen Sicherheit, liege augenscheinlich nicht vor. Ein blosses Zeichen zu setzen, habe er nicht für sinnvoll: «Die meisten hier im Saal teilen ja die Meinung, dass der Klimawandel ein dringendes Problem ist, darum haben wir ja heute diese Sitzung.»

Lauter wurde SVP-Präsident Simon Büchi, der von «absurden Ideen» sprach. Das Wort Notstand orientiere sich am Wort Notrecht, und dieses komme immer dann zum Zug, wenn man demokratische Prozesse aushebeln wolle. Für Pirat Marc Wäckerlin war man «mittlerweile ganz im Kindergarten angekommen», eine «Bankrotterklärung» des Gemeinderats sei das.

Dem hielt Urs Glättli (GLP) entgegen, es müsse schneller gehen. Bislang habe man das Thema ausgesessen: «Die Politik ist nicht gefordert, sie ist überfordert.» Die Demonstranten fragten zu Recht, wieso es so lang gehe: «Nehmen wir jetzt die Stimme der bewegten Jugend auf.»

Erklärung «im symbolischen Sinn»

Laut dem Text des angenommenen Vorstosses ist nun der Stadtrat «eingeladen, in der Stadt Winterthur den Klimanotstand auszurufen». Direkte sachliche Auswirkungen wird dies nicht haben, jedoch solle es «die Dringlichkeit unterstreichen, Massnahmen zu ergreifen». Umweltstadträtin Barbara Günthard (FDP) sagte noch im Parlament, die Regierung nehme den Auftrag an. Sie werde den Notstand ausrufen, freilich nicht im rechtlichen Sinn, sondern «auf symbolische Art und Weise».

Zwei Klimaforscherinnen klärten auf

Die Einstimmung zur Klimadebatte im Gemeinderat war freiwillig, vor allem bei der SVP sassen nicht ganz alle in den Bankreihen. Die übrigen Politiker sowie rund 100 Personen im Publikum hörten aber genau hin, was die beiden ETH-Forscherinnen Sonia Seneviratne und Christina Schnadt zum Thema Klimawandel zu sagen hatten. Seneviratne ist Professorin in Zürich und Mitautorin des Sonderberichts des Weltklimarats. «Wir haben schon ein Grad Celsius globale Erwärmung und sehen, was uns das bringt: Feuer in Schweden und Nordamerika, Trockenheit, Hitzewellen und übermässig starke Niederschläge auch in der Schweiz», sagte sie. Diese Erwärmung sei nicht mehr rückgängig zu machen, doch die Frage stelle sich: «Wie schaffen wir die Stabilisierung bei 1,5 Grad globaler Erwärmung?» Das sei «nicht einfach, aber rein physikalisch noch möglich», redete sie den Politikerinnen und Politikern ins Gewissen.

Weitgehende Änderungen

Das Ziel Netto-null-CO₂-Emissionen müsse so rasch als möglich erreicht werden, spätestens 2050, besser 2040. Das bedinge, dessen müsse man sich bewusst sein, «sehr grosse Änderungen in der Gesellschaft, so wie sie bisher nicht vorstellbar waren». Bis 2030 müsse eine Halbierung der heutigen Emissionen erreicht sein. Heute liegen die Schweizer und Schweizerinnen etwa bei 4,5 Tonnen pro Kopf und Jahr (ohne Flüge und Schiffsreisen). «Energiesparmassnahmen sind wichtig», sagte Seneviratne, «aber sie genügen nicht.» Hauptemittenten von CO₂ sind der Verkehr (ohne Flüge) mit 32 Prozent, die Haushalte (18%), die Industrie (20%) und die Landwirtschaft (14%). Eine zentrale Rolle komme dem Finanzplatz Schweiz zu im Markt der fossilen Energieträger.

«Jetzt seid ihr Politiker gefordert.» Christina Schnadt, Forscherin ETH

Christina Schnadt fragte provokativ: Sind die Hitzejahre 2018 und 2019 Abbild der Zukunft in der Schweiz? Ihre Antwort: Ein klares Ja. Ohne Klimaschutz wird die Temperatur hierzulande sieben Grad über jener von 1850 liegen. Es wird 2060 drei- bis fünfmal mehr Hitzetage geben als heute, nur noch halb so viele Neuschneetage, im Tessin würde ein Klima herrschen wie heute in Valencia. 36 Grad wie letzte Woche wären normal, «sie können gleich noch fünf Grad draufschlagen. Jetzt sind Sie als Politiker gefordert.»

Klimaaktivisten füllten die Zuschauerränge

Rund zehn Polizisten waren am Montagabend vor dem Rathaus postiert. Zudem liessen die Transparente der Klimastreik-Bewegung Winterthur keinen Zweifel daran, dass diese Gemeinderatssitzung alles andere als gewöhnlich werden würde. «Wir teilten uns zu dritt zwei Stühle», sagt der Aktivist und 15-jährige Kantischüler Emanuel Wehrli. Tatsächlich waren die Zuschauerreihen über den letzten Platz hinaus besetzt; ein gutes Dutzend musste gar stehen.

Mit roten und grünen Karten

Gleich zu Beginn der Sondersitzung gab Ratspräsident Andreas Geering (CVP) die Regeln durch: keine Handys, kein Applaus und keine Unmutsbekundungen. Die Aktivisten waren entsprechend vorbereitet und drückten ihre Meinung zu einzelnen Voten mit grünen und roten Karten sowie mit Transparenten aus. Spätestens als Nina

Wenger, die seit diesem Februar für die Grünen im Gemeinderat sitzt und als Erstunterzeichnende die Ausrufung des Klimanotstands gefordert hat, ihr Votum beendet, scheinen diese Regeln vorübergehend ausser Kraft gesetzt: «Wir akzeptieren die Kärtchen und sehen vom Klatschen ab», sagt Geering. Mit deutlicher Mehrheit sprach sich der Gemeinderat für die Ausrufung des Klimanotstands aus, worauf die grünen Karten in die Höhe schnellten: «Das bringt den Stein ins Rollen», sagt Wehrli. Weniger zufrieden dürfte er mit dem Entschluss des Gemeinderats sein, die Treibhausgasemissionen bis 2050 auf netto null zu senken. Die Klimastreik-Bewegung forderte, dass dieses Ziel bis 2030 erreicht werden soll: «Es kommt auf jedes Jahr und jede Tonne an», so Wehrli.

Solidaritätsdemo in Zürich

Miterlebt hat er diese Abstimmung allerdings nicht mehr. Zusammen mit den anderen Aktivisten war er bereits auf dem Weg nach Zürich zu einer Solidaritätsdemonstration für die 64 Mitglieder des «Collective Climate Justice», die am Montagmorgen in Zürich und Basel verhaftet worden sind. Dies, nachdem sie die Hauptsitze der Credit Suisse und der UBS in Zürich und Basel mit Velos, Gittern und Pflanzenkübeln blockiert hatten.

Winterthur soll im Jahr 2050 CO2-frei sein

Die links-grüne Mehrheit im Parlament setzte auch die Zielformulierung durch, bis 2050 eine Reduktion der CO₂-Emissionen auf netto null Tonnen anzustreben. Dazu werden die Ziele angepasst, die seinerzeit vom Volk als Gegenvorschlag zur Winergie-Initiative gutgeheissen worden waren.

Auch diese Abstimmung verlief entlang der Front GP/SP/GLP/EVP versus SVP/FDP/CVP. Laut dem Grünliberalen Samuel Kocher, der die Motion miteingereicht hatte, lebt man «auf Kosten des Planeten und zukünftiger Generationen», solange pro Person mehr CO₂ ausgestossen als kompensiert wird. Urs Bänziger von der FDP entgegnete, es reiche nicht, Ziele zu verschärfen, es sei gerade der Job der Parlamentarier, Massnahmen zu beschliessen; EDU-Vertreter Zeno Dähler sprach von «Lippenbekenntnissen». Pirat Marc Wäckerlin giftelte: «Was kommt als Nächstes? Minus zwei Tonnen?» Das sei «reines Zahlenjonglieren ohne Mehrwert». Natürlich müssten auch Massnahmen folgen, entgegnete für die Grünen Reto Diener, daran arbeite man ja.

«Bis 2030 nicht machbar»

Auch die linken Politiker hatten sich derweil überzeugen lassen, dass eine Reduktion auf null bis zum Jahr 2030, so wie von den Demonstranten gefordert, nicht machbar sei. Vor der Abstimmung hatte dies Stadträtin Barbara Günthard (FDP) nochmals betont; für eine Reduktion bis 2050 sei die Regierung «offen».

Erstellt: 09.07.2019, 06:24 Uhr

Ihre Meinung

Ist dieser Artikel lesenswert?